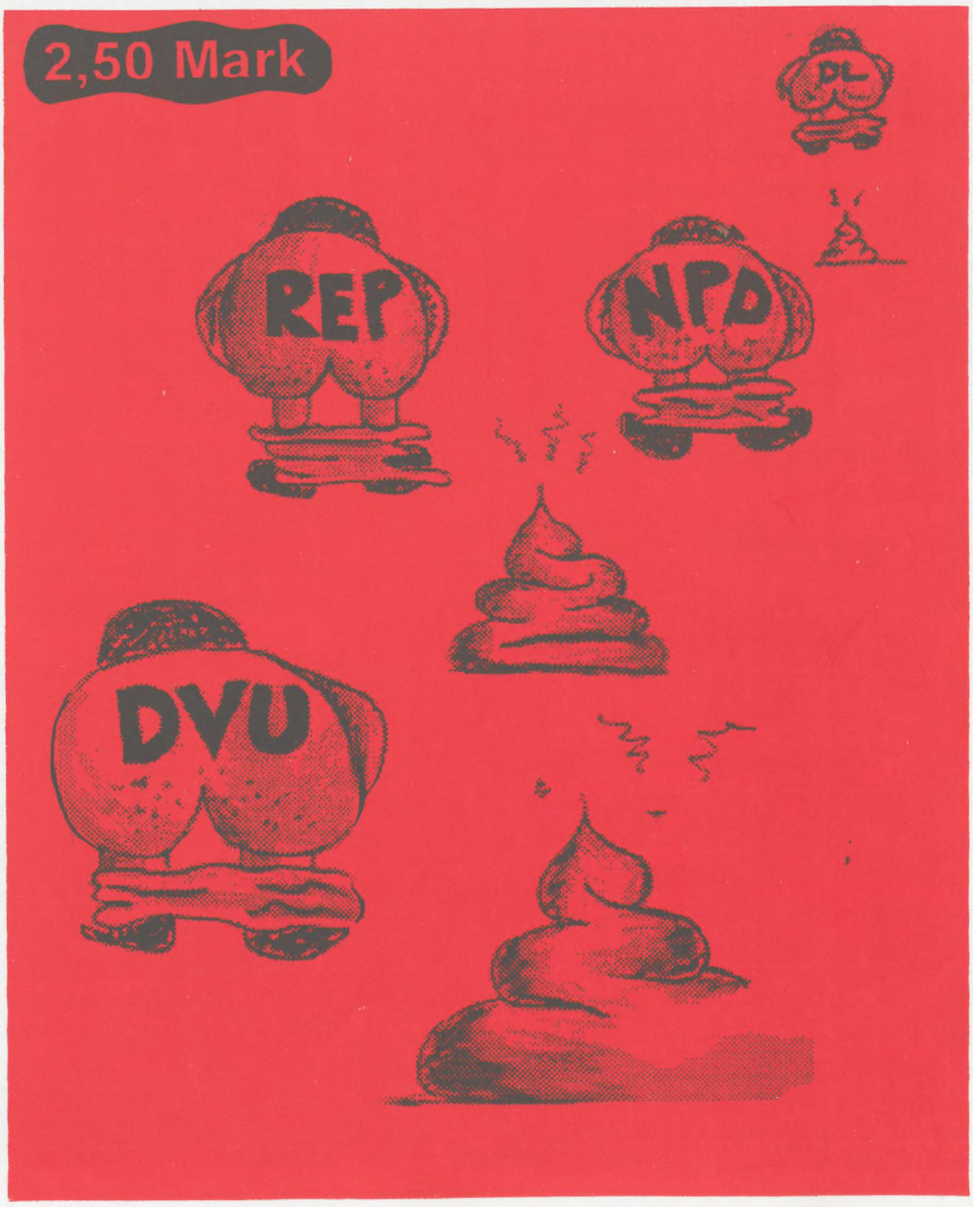
tanz

Nummer 3 November/Dezember 1993

DAS SUPERWAHLJAHR 1994



Vorwort

1984: 10 Jahre später?

Das Jahr 1984 steht symbolisch für den gleichnamigen Roman von George Orwell. In seiner Negativutopie stellte dieser die Entwicklung der Gesellschaft zu einer totalitären dar. 1994 nun wird in vielerlei Hinsicht die Frage danach, ob in der BRD auch nur noch Reste der selbsterklärten liberalen Demokratie vorhanden sind, neu zu stellen sein. Das sogenannte Superwahljahr 1994 kann zum Jahr der Faschisten werden. Die staatliche und zivilgesellschaftliche Blüte, die Nationalismus und Rassismus in der BRD derzeit erfährt, wird parlamentarisch manifestiert, ohne auf eine politische Kultur des Widerstands zu stoßen. Reps, Deutsche Liga, DVU u.a. werden sich massiv auf die anstehenden Entscheidungen bei Europa,- Bundes,- Landes,- und Kommunalwahlen vorbereiten. Neben der zunehmenden staatlichen Infragestellung des Grundgesetzes (das schon reaktionär genug ist) wird die Gesellschaft durch rechtspopulistische und faschistische PolitikerInnen wahrscheinlich einen weiteren Rechtsschub erleben, der es den sogenannten etablierten Parteien erleichtern wird, mit einerseits nationalistischer Politik die apathischen Massen bei Stange zu halten, und andererseits die Repression gegen AusländerInnen, sozial Deklassierte usw. zu verstärken. Technokratismus und Faschismus können ein zunehmend brisantes Gemisch bilden, das die von manchen befürchtete Faschisierungstendenz deutlich forcieren könnte. Für die antifaschistische Bewegung heißt dies, im nächsten Jahr massiv Druck auszuüben auf die rechtsradikalen und faschistischen Kräfte, um ihre wahltaktischen (und damit logistischen und finanziellen Strategien zu durchkreuzen.) In dieser TANZ berichten wir darum über eine Initiative der "antifaschistischen autonomen Gruppen" REULINGENS, die mit verschiedensten Mitteln, in Reutlingen den Nazis ein erfolgreiches Auftreten erschweren will. Desweiteren werden die Parteiprogramme von Grünen, SPD, CDU, FDP und Reps auf ihren fremdenfeindlichen Charakter hin untersucht. Es wird die Vermutung geäußert, daß die bürgerlichen Parteien von der rechtsradikalen so weit nicht entfernt liegen in ihrer politischen Intention. Natürlich gibt es auch Berichte über das, was in Tübingen so los war.

Ein Wort zu uns: Zeit- und Finanzprobleme zwingen die Redaktion dazu, die TANZ in Zukunft nur noch alle zwei Monate erscheinen zu lassen. Dafür soll die Seitenzahl pro Ausgabe auf 20 bis 24 erhöht werden.

Zeitungskollektiv der Tanz

TANZ
tübinger antifaschistische zeitung

Nummer 3, November/Dezember 1993

V.i.S.d.P.: E. Greiner, Fichtenweg 8,
72076 Tübingen

Kontakt und Post über: Haus- und Infocafé,
Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.
Das Info-Café hat nichts mit Herstellung und Vertrieb der Zeitung zu tun.

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

S.2 Vorwort
S.3 Axel Heinzmann beim Volkstrauertag
S.4 Der Volkstrauertag in Reutlingen
S.4 Und noch ein Grund zur Trauer...
S.5 Aktion gegen Gentechnologie
S.6 Der Landesparteitag der Reps - eine Kritik
S.7. Das Superwahljahr '94
S.11 In RT gibts nicht nur vergoldete Gullideckel...
S.13 Fremde sind vor allen Parteien gleich
S.17 Die Richter und Staatsanwälte...
S.18 Das neue Asylbewerberleistungsgesetz
S.19 Ein Neonazi steigt aus: Ingo Hasselbach
S.20 Infos, Tips, Termine

Axel Heinzmann beim Volkstrauertag

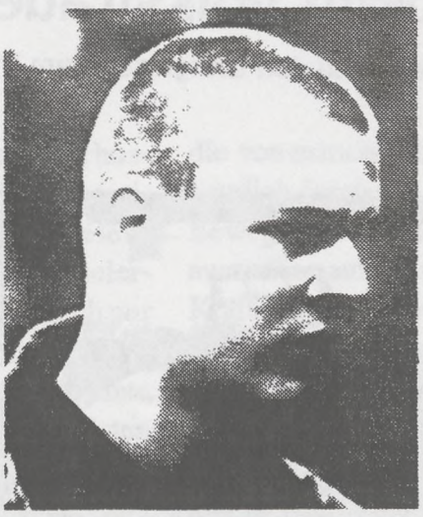
Nachfolgender Artikel (incl. Bildmaterial) zu den Ereignissen am Volkstrauertag wurde uns von unbekannter Seite zugesandt.

Landrat Albrecht Kroymann legte am 15.11. unter den Klängen von "Ich hatt' einen Kameraden" einen Kranz am Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft nieder.

Kurz zuvor mußten rund zehn Skinheads die Verhaftung von Axel Heinzmann mitansehen, der versucht hatte, trotz Ortsverbot den Bergfriedhof zu betreten. Die massiv vertretene Polizei rang das ehemalige NO-Mitglied nieder und nahm ihn für die Dauer der Gedenkveranstaltung in Gewahrsam. Das gleiche Schicksal ereilte einen der Jungfaschos, der die Festnahme von Heinzmann fotografiert hatte. Beide wurden nach der Zeremonie wieder freigelassen. Anscheinend hatte die Polizei unter Führung von Rainer Kaltenmark (städtisches Ordnungsamt) kein Interesse, dem Neonazi die Kranzniederlegung *nach* der Veranstaltung zu untersagen: Gegen Nachmittag fanden einige wachsame AntifaschistInnen ein Nazigebinde mit der Aufschrift: NPD, HTS (Hochschulring Tübinger Studenten - Anm. d. TANZ) und BRO (Bürger für Recht und Ordnung - Anm. d. TANZ). Der Kranz blieb liegen, die Schleife verschwand.

Bei den anwesenden Neonazis handelt es sich nach Vermutungen des Schwäbischen Tagblatts um Mitglieder der FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) und der Wiking-Jugend. Große Initiative zeigten sie angesichts der Verhaftung von Heinzmann jedoch nicht, sie standen brav daneben und wirkten ein wenig irritiert. Die Bilder illustrieren die Verhaftung Heinzmanns und die Begeisterung seiner jugendlichen Anhänger. Die zwei Einzelporträts auf der nächsten Seite zeigen ein und dieselbe Person.

Der Volkstrauertag in Reutlingen



Am selben Tag versammelten sich auch in Reutlingen einige Neo- bzw. Altnazis. Heinzmann hatte seinen Kranz in Tübingen abgelegt und begab sich unter die Achalm. Zu gleicher Stunde fand in der Zelle ein Treffen statt, bei dem über Strategien für das kommende Wahljahr (in bezug auf faschistische Parteien) diskutiert werden sollte. Es wäre schön gewesen, wenn auch einige Antifas aus Reutlingen ihren Friedhof besser unter "Kontrolle" gehabt hätten - zumal bekannt war, daß sich dort schon letztes Jahr Faschos getroffen hatten.

Das Schwäbische Tagblatt schrieb zu den Ereignissen in Reutlingen:

Vom Tübinger Bergfriedhof wurden der Wannweiler Rechtsaußen Axel Heinzmann und seine Anhänger gestern vertrieben - in Reutlingen, am "Schönen Weg" unterhalb der Achalm, hatten sie am Nachmittag mehr Glück. Gegen 15 Uhr versammelten sich knapp 20 Rechtsextreme am Gedenkstein für die vier deutscheGeiseln, die am 24. April 1945 von französischen Besatzungssoldaten erschossen worden waren (es handelt sich um einen ehemaligen SS-Untersturmführer, einen SA-Wachmann, einen Angehörigen der Waffen-SS und den Schriftleiter der Reutlinger NS-Presse.)

Die Autos trugen Esslinger, Karlsruher, Rastatter und Tübinger Kennzeichen. In Zweierreihen marschierten die meist schwarz gekleideten Demonstranten (viele mit Springerstiefeln und Igelfrisur), darunter drei Frauen (auch in Tübingen war eine Frau dabei - Anm. d. TANZ), zum Grabmal und legten einen Kranz nieder. Heinzmann widmete seine kurze Ansprache den "Toten der Kriege, den Opfern der Siege": Zu Unrecht spreche man bei solchen Gelegenheiten "nur" von der Verfolgung der Juden, hetzte er - "als ob diese nicht schon Geschichte sei, sofern sie überhaupt in der behaupteten Art und Weise stattgefunden hat".

Nachdem Heinzmann mit diesen Worten die nationalsozialistischen Verbrechen in Zweifel gezogen hatte, grüßte Cord Crome aus Horb (ein älterer Herr) die vier Toten feierlich "im Namen der deutschen Jugend". Die Neonazis deponierten Blumensträuße am Gedenkstein und sangen "Ich hatt' einen Kameraden" (Hallo Herr Kroymann! - Anm. d. TANZ). Kurze Zeit später erschien schon die Reutlinger Polizei und stellte die Personalien der Mitglieder der "spontanen Demonstration" fest. (...)

Und noch ein Grund zur Trauer...

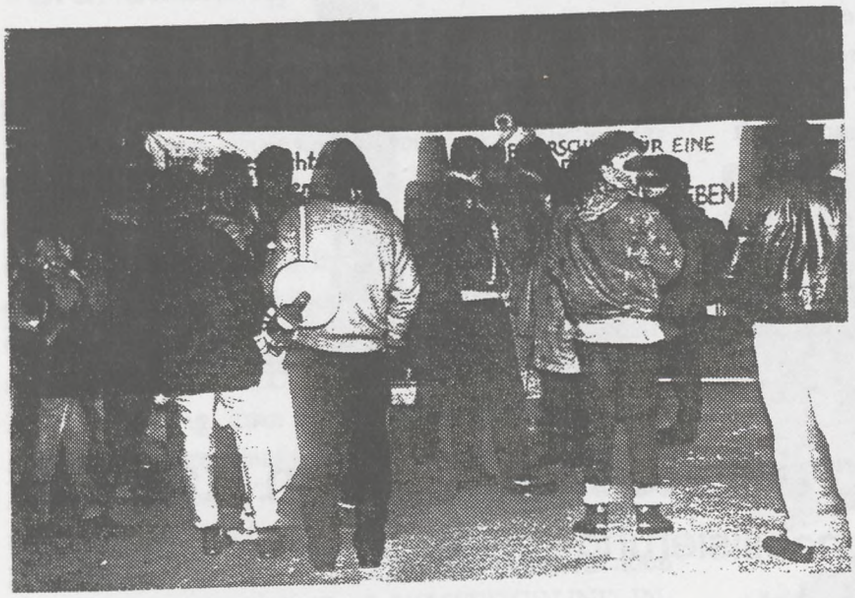
Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba, der in der Vergangenheit durch seine Äußerungen zum "Schutz des ungeborenen Lebens" und durch seine Nähe zu reaktionären Verbindungseliten unser aller Mißfallen erregte, darf sich immerhin der Gnade des Papstes sicher sein. Papst JP II berief den 64jährigen Rechtsaußen in ein Gremium, das für Bischofsernennungen in aller Welt zuständig ist.

Aktion gegen Gentechnologie

Baustellenblockade auf der Morgenstelle

Am 28.10. blockierten etwa 35 Menschen die Baustelle, auf der das sogenannte Verfügungsgebäude errichtet werden soll. Im frühen Morgengrauen besetzten fünf AktivistInnen den Baukran und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: "GENTECHNOLOGIE NEIN!" Die Aktion dauerte bis zum Mittag. Die Bullen griffen nicht ein. Wir dokumentieren an dieser Stelle den Hintergrund dieser Blockade und zitieren aus den Flugblättern der Ökologischen Linken und des Gen-Aks der Fachschaft Biologie.

Auf dem Gelände der Morgenstelle in Tübingen wird seit September '92 ein hochmodernes Laborgebäude errichtet, das sogenannte "Verfügungsgebäude". In einem Jahr wird es fertiggestellt sein. In über 20 Labors verschiedener Sicherheitsstufen sollen WissenschaftlerInnen aus der Biologie, Medizin und Chemie molekularbiologische und gentechnologische Untersuchungen betreiben. Geplante Baukosten: 55 Mio. DM. Ein Hauptargument für den starken Ausbau der Gentechnologie ist der Fortschritt in der Medizin. Daher ist in Tübingen die Einrichtung eines Instituts zwischen der Biologie und der Medizin, das "zellbiologische Institut", vorgesehen. Es soll vorübergehend im "Verfügungsgebäude" untergebracht werden, in einigen Jahren sogar ein eigenes Gebäude erhalten. Mit den schon vorhandenen gentechnologischen Labors wird Tübingen mit dem "Zellbiologischen Institut" eines *der* Zentren mit gentechnischen Forschungsanlagen in der Bundesrepublik mit den damit verbundenen Gefahren sein.



Selbst verschärfte Sicherheitsauflagen können nicht verhindern, daß auch im Normalbetrieb gentechnisch veränderte Organismen aus den Labors entweichen können. Gegen das Gentechnik-Zentrum in Tübingen sprechen auch die gesellschaftlichen Folgen der Gentechnologie. Die Gentechnologie ermöglicht eine neue Qualität einer biologistischen Ideologie, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen droht. Das Individuum Mensch wird auf die "Qualität" seiner Gene reduziert, mit der Absicht, die Gesellschaft noch effektiver für die Profitmaximierung auszubeuten.

(...)

Das Verfügungsgebäude soll mit über 20 Labors der Sicherheitsstufen 2 und 3 ausgestattet werden. Unter Stufe 2 (''geringes Risiko'') fallen u.a. gentechnische Arbeiten mit den Erregern von Cholera und Diphterie, unter Stufe 3 (''mäßiges Risiko'') werden in den einschlägigen Verordnungen u.a. die Erreger von Aids, Pest und Milzbrand aufgeführt. Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, daß keine gentechnisch veränderten Organismen oder auch nackte DNA in die Umwelt gelangen. *''Jeder weiß, daß in jedem molekularbiologischen Labor, wo gentechnisch veränderte Organismen gehandhabt werden, es selbstverständlich in minimalen Mengen zu Freisetzungen kommt.''* (Prof. Dr. Günter Gassen, Direktor des Instituts für Biochemie der TH Darmstadt). Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß entweichende Organismen immer für Mensch und Umwelt ungefährlich sind. Die Einstufung der Sicherheitsrisiken orientiert sich am immunkompetenten, d.h. gesunden Menschen. In Tübingen ist dies durch die Nähe zu den Kliniken von besonderer Brisanz.

Der Landesparteitag der Republikaner in Rastatt

- eine Kritik an der Gegenmobilisierung

Vom 31.10 bis zum 1.11.1993 trafen sich die Republikaner in Rastatt, um ihren Bundesparteitag abzuhalten. Es war bekannt, daß die Grünen, der DGB, die VVN und auch Vetreter der Stadt Rastatt gegen diese Veranstaltung mit einer Demonstration protestieren wollten. Diese Demonstration sollte jedoch den Ort des Faschistentreffs meiden und ohne jede Konfrontation ablaufen. Einige AntifaschistInnen in Tübingen hatten sich im Vorfeld des Bundesparteitages überlegt, an den Protestaktionen teilzunehmen. Sie wollten sich jedoch nicht mit einer bloßen Demo fernab des Geschehens zufriedengeben, sondern direkt an der Badner Halle gegen die Veranstaltung protestieren und den Versuch unternehmen, die Faschisten am Zutritt zu hindern.

Einige Leute aus Tübingen hatten sich in der Woche vor dem Parteitag darum bemüht, Informationen über geplante Gegenaktionen autonomer Antifa-Gruppen zu bekommen, scheiterten aber offenbar an der Tatsache, daß solche Aktionen überhaupt nicht organisiert wurden. Es gab weder ein Vorbereitungstreffen (nicht auf Landes- und nicht auf Bundesebene), noch gab es Plakate und/oder Flugis, die zur Gegenaktion aufrufen sollten, bzw. die Organisierung und Mobilisierung gegen diesen Parteitag in andere Regionen zu tragen. Lediglich einen Tag (!) vor Beginn der Faschisten-Veranstaltung traf ein Flugblatt der Antifa-Jugend Lahr und der Antifa Offenburg in Tübingen ein. Mit diesem Flugi sollte zur Verhinderung (!) des REP-Parteitages aufgerufen werden. Ein gesonderter Termin für Aktionen der Antifas wurde angegeben.

Unseres Wissens ist kein Mensch aus Tübingen nach Rastatt gefahren. Wir lehnen es ab, an solchen Aktionen teilzunehmen, ohne im Vorfeld darüber diskutiert zu haben, wie wir uns im Falle einer Konfrontation mit Faschisten oder Polizisten verhalten sollen. Es war in keinster Weise abzusehen, wieviele Leute aus autonomen antifaschistischen Gruppen nach Rastatt kommen würden. Um in Tübingen für Aktionen gegen die Veranstaltung mobilisieren zu können, hätten wir wissen müssen, wie in anderen Städten mobilisiert wurde. Ein einziges Flugblatt am

Tag vor dem Faschistentreffen konnte diesem Defizit keine Abhilfe schaffen. Im Gegenteil: wir fühlten uns geradezu verarscht.

In Rastatt versuchten an dem besagten Wochenende mehrere Hundert Menschen aus autonomen Gruppen, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, um an die Badnerhalle herankommen zu können. Das ist an sich erfreulich, kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß eine bessere Mobilisierung im Vorfeld wohl auch bessere Voraussetzungen geschaffen hätte, massiv und organisiert den REP-Parteitag empfindlich stören zu können.

Wir würden uns wünschen, daß sich die Menschen, die dort wohnen, wo faschistische Aktionen geplant sind, für die Organisierung von Gegenaktionen verantwortlich fühlen. Wir müssen gemeinsam handeln.

Das Superwahljahr ´94

Veranstaltung vom 27.10.93 in der Zelle, eine Einschätzung

Das sogenannte Superwahljahr '94 steht bevor: Bundestags-, Europa, Landtags- und verschiedene Kommunalwahlen werden besonders hinsichtlich der Rechtsentwicklung in der BRD eine große Bedeutung für das zukünftige politische Klima im Lande haben. Für die antifaschistische Bewegung ergibt sich daraus ein Handlungsbedarf hinsichtlich der Information der Öffentlichkeit über die Entwicklung der faschistischen Kräfte. Die ZELLE in Reutlingen hat in diesem Zusammenhang, zum Start einer antifaschistischen Kampagne gegen rechts-populistische und faschistische Parteien am 27.10 eine Informationsveranstaltung mit Ralf-Dieter MAY durchgeführt. May ist Mitherausgeber der in REUTLINGEN erscheinenden politischen Monatszeitschrift HINTERGRUND INFORMATION.

Mays Interesse an der Entwicklung der faschistischen Kräfte in der BRD galt in dem Vortrag dabei weniger den offenkundigen nazistischen Organisationen an sich, als eher den Verbindungen, die zwischen ultrakonservativem und faschistischem Lager bestehen. Seine Hauptthese lautete dabei: Die antifaschistische Linke macht den Fehler, einzig auf die offen und aggressiv auftretenden Faschisten ihr Augenmerk zu richten. Sie übersieht die gefährlichen und politisch letztlich wirksamen Querstrukturen zwischen z.B. rechtem Lager der bürgerlichen Parteien und den rechtspopulistischen faschistischen Parteien wie Republikaner (Rep) und Deutsche Liga (DL).

Anhand zahlreicher Beispiele zeigt May auf das Spinnennetz, das von rassistischen, nationalistisch-konservativen und faschistischen Gruppierungen gewoben wird. Die Vernetzung der Rechten bedeutet aber eine organisatorische und finanzielle Verbesserung der faschistischen Infrastruktur, die noch weit

über das Maß ihrer offenen, d.h. parlamentarischen Bedeutung hinausgeht. So schafften Wahlbündnisse wie z.B. in Köln für die Kommunalwahlen 1994 eine geeignete finanzielle und organisatorische Plattform, die faschistischen Parteien als vereinte Kraft auftreten zu lassen. Reps, DVU, NPD einigten sich darauf, nicht gegen die Deutsche Liga Köln anzutreten und diese mit 1,1 Mio. Mark im Wahlkampf und zahlreichen WahlhelferInnen zu unterstützen. (Vgl. HINTERGRUND INFORMATION (8/93), wie aus einem Geheimprotokoll bekannt wurde. Teile des Geldes sollten vom Europaabgeordneten und Ex-Republikaner sowie EX-NSDAP/AO-Mitglied Harald Neubauer von der Technischen Fraktion der Europäischen Rechten beschafft werden. Aber auch ohne die tatsächliche Erreichung parlamentarischer Stärke sitzen heute schon viele Überläufer der CDU in den Landes- und Kommunalparlamenten, wie z.B. in Bremen, wo gleich sieben CDU-Mitglieder eine Republikanerfraktion gründeten. Es ist denkbar, daß, sollten die Reps in den Bundestag einziehen, CDU Mitglieder direkt überlaufen. So gibt es eine inhaltliche Übereinstimmung des sogenannten ''Christlich-Konservativen Deutschland-Forums'' mit der Politik der Republikaner. Und wie werden diejenigen 75 CDU-MdBs handeln, die Mitglied im nationalistischen STAHLHELMBUND sind, wenn die faschistische Rechte im Bundestag sitzt? Die stetige Annäherung der CDU-Rechten an die Partei Schönhubers wird immer offensichtlicher. Die Politik der Rechten scheint aufzugehen. Sie stärken ihren Einfluß zu zahlreichen interfraktionellen Verbindungen. Die Reps bilden folglich zwischen den rechtskonservativen und den militantfaschistischen Gruppierungen eine Schaltstelle.

May sieht hier eine Entwicklung ähnlich der Weimarer Republik oder zumindest die Absicht, die Entwicklung von damals zu kopieren. Bekanntlich sammelten sich nationalistische und faschistische Strömungen (180 Gruppierungen) in der Thulegesellschaft und bildeten einen mit 500 Mio. Reichsmark unterstützten organisatorischen Grundkern für den Aufstieg der NSDAP.

Versuche dieser übergreifenden Vereinahmungspolitik sieht May in zahlreichen Publikationen und Organisationen, so z.B. in der Zeitschrift Russland und wir, die als altes antikommunistisches Organ vom CDUler bis zu DVU-Vertretern ein breites Spektrum aufweise. Und in der neugegründete Filbinge-Stiftung sitzen CDU-Mitglieder und Republikaner vereint auf den Vorstandssitzen.

Inwieweit diese Politik der Rechten Erfolg haben kann, hängt ganz besonders von ihren ökonomischen Einflüssen ab. Sollte sich hier deren Einfluß im Zuge der kapitalistischen Rezession steigern, wäre das Maysche Bild der aufsteigenden vereinigten Rechten sicherlich nicht mehr allzu düster gemalt, sondern könnte eines Tages Realität werden. Trotzdem, die beeindruckende Menge an Fakten, die May präsentiert, sollte nicht zu einer grobgestrickten Verschwörungstheorie verführen. So ist - wie auch Klaus Stark in seiner Veranstaltungskritik vom 10.11. im Tagblatt anmerkt - die ''Entlarvung'' einer allemal natürlich kapitalfreundlichen Gesellschaft wie der Carl Duisburg Gesellschaft als Bindeglied von faschistischer und konservativen Kreisen bei May auf tönernen Füßen begründet. Auch wenn der 1935 verstorbene Duisburg Vorstandsvorsitzender der IG Farben bis in die Zeiten des Faschismus war, läßt sich darauf kein derartiger Vorwurf begründen.

> Übrigens sei hier aber auch angemerkt, daß Starks denunziatorischer Stil gegenüber May auch nicht Ausdruck seriöser journalistische Arbeit ist. So diente die gefährliche Dummheit Mays, die er Mitte der achtziger Jahre beging, als er versuchte sich beim Verfassungsschutz anzudienen, um an Informationen über die rechte Szene zu gelangen - ein Fall wirklich unsinnigem "Aufklärungsjournalismus" - Stark dazu, May als potentiell unberechenbaren Sensationheichtel hinzustellen. Damit will Stark die gesamte journalistische Arbeit herabwürdigen, die May leistet. Stark macht sich mit seinem halbseidenen Artikel dem gleichen "Enthüllungsjournalismus" verdächtig, den er seinerseits May vorwirft.

Feststeht, daß die sowohl zu offener Gewalt schreitenden Faschisten, wie die verdeckten Rechtsextremisten im sogenannten neokonservativen Lager massiv Einfluß gewinnen in den Medien, den Parlamenten, im Denken der Menschen in der BRD. Rassismus und Revanchismus werden hoffähig in Form revisionistischer Geschichtsklitterung und als nationales Interesse verkleidete Menschenverachtung.

Wie dagegen vorgehen?

In der anschließende Diskussion über den Vortrag bzw. über die Frage nach geeigneten antifaschistischer Aktionsformen gegen die Verbreiterung des rechtsradikalen Spektrums kristallisierten sich zwei Hauptpunkte heraus, von denen der eine von einer

gewissen Resignation, was den Sinn oder der Erfolg linker Gegenwehr angeht, geprägt war, während der zweite die Hoffnung auf öffentlichkeitswirksame Antifa-Arbeit anzeigte.

Vom analytischen Standpunkt aus bewertete ein Diskussionsteilnehmer antifaschistische Aktionen von daher als unsinnig, weil die gesamte politische Entwicklung schon totalitäre Züge habe und es keinen Unterschied mehr mache, von Herrn Kohl oder Herrn Schönhuber regiert zu werden. Einem solchen billigen Politikverweigerungsargument wollten sich die TeilnehmerInnen dann aber nicht anschließen. Die Notwendigkeit der aktiven Gegenwehr gegen faschistische Bestrebungen wurde allgemein als sinnvoll erachtet, auch angesichts der repressiven Politik der Regierenden.

Die Kritik am totalitär-bürgerlichen System sollte sicherlich nicht in den Hintergrund treten, wird über die zunehmende soziale, rechtsstaatliche und politische Rückentwicklung der kapitalistischen Demokratie gesprochen. Faktisch ist die heutige Linke aber auf die direkte lebensnotwendige Abwehr der offenen faschistischen Gewaltpolitik zurückgeworfen. Das mag bedauerlich sein, ist aber angesichts der Schwäche der Linken eine Notwendigkeit, die uns von außen aufgezwungen ist.

Direkte Gegenwehr in allen Formen und gezielte öffentliche Aufklärung sind - das ergab auch die Diskussion - im Augenblick unsere Optionen im Kampf gegen den zunehmenden Druck, den Staat und Faschisten ausüben.

Im folgenden sollen einige Überlegungen zu Form und Inhalt der Öffentlichkeitsarbeit angestellt werden. Sie wollen ermutigen, diese anzugehen, aber auch davor warnen, blauäugig Öffentlichkeit als linken Selbstzweck zu betrachten. Selbsttäuschungen über das Bewußtsein der Mehrheit des Volkes, das uns vielleicht verschmäht, (bei Antifa-Cafes oder Infoständen) ist nicht notwendig.

Barbarei oder Humanität

Uns allen ist klar, daß die sozialversöhnlichen Argumentationen gegen Rassismus und Nationalismus, wie sie häufig aus sozialdemokratischem Munde zu hören sind, sehr kurzatmig, ja realitätsfern sind: ''AusländerInnen sind wichtige Steuerzahler und Arbeitskräfte, AsylbewerberInnen kosten jeden im Jahr nur 50 DM, ein Betrag den jeder Deutsche aufbringen kann'' und ähnliche Argumente sollen ausdrücken: Die meisten AusländerInnen sind doch gar nicht so schlecht. Sie werden in Kosten- Nützlichkeitserwägungen verpackt. Das mag den einen oder anderen überzeugen; wir nehmen sogar an, durch die funktionalisierenden Argumentationen werden relativ viele von offenem Haß abgehalten. Tatsächlich bedeutet dies nicht mehr als eine Duldung ausländischer Menschen (im übertragenen Sinne gelten diese Argumente auch für Behinderte, Andersdenkende etc.), für die Zeit, bis die ökonomische Situation noch schlechter, der Haß der Masse noch unberechenbarer wird. Vergessen wir nicht: den Menschen in den hochindustrialisierten Gesellschaften ist mit dem Verlust persönlicher Autonomie und selbstbewußter Meinungsbildung nicht nur die Fähigkeit zur ''vernünftigen'' politischen Entscheidung im Sinne einer freien und solidarischen Gesellschaftsordnung abhanden gekommen. Sie leiden auch unter dem Verfall einer konsensfähigen humanistischen Vernunft. Das wirtschaftlich gefährlich rationale aber sozial katastrophale faschistische Vernichtungssystem weist auf diese Botschaft des Kapitalismus hin: Der ökonomische Rationalismus vollzieht eine Modernisierung des Monopolkapitalismus durch technologische Rationalisierung und soziale Selektion (bis hin zum faschistischen Massenmord). Für den einzelnen Menschen innerhalb dieses Verwertungsmechanismus bedeutet die Instrumentalisierung von Mensch und Natur in bisher einmaligem Umfang und Konsequenz die Zerstörung der psychischen Freiheit; im Rückschluß bedeutet dies, daß jene Rassisten, die heute mit offenem Haß agieren, nur die Spitze der gesamtgesellschaftlichen morali-

schen und politischen Apathie personifizieren. Die Vernichtung der Humanität ist wie die Vernichtung der Autonomie das Geschäft des bürgerlich-autoritären Systems und somit aller gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Die heutige staatliche Selektionspolitik gegen sozial Deklassierte und Fremde ist Geisteskind der gleichen funktionalistischen Logik des Faschismus. Der staatlich unterstütze Nationalismus lenkt nur ab von der Selektierung, die die die Ökonomie fordert, der neuerlichen Steigerung des profitorientierten Wahns der Warengesellschaft.

Wir leben in einer Gesellschaft der Entpersönlichung, des Ich-Verlustes. Wo Angst und Bewußtlosigkeit die Menschen beherrscht und zu Haß auf alles Fremde verleitet, können antifaschistische Aktionen nur an die gerichtet sein, die sich nicht (insgeheim) einen Führer wünschen, die persönliche Autonomie noch als menschlichen Wert erkennen können, die dem politischen Irrationalismus ihren eigenen Kopf entgegensetzen können, die die Schalheit der oben genannten (sozialdemokratischen,) lahmen und im Kern menschenverachtenden Funktionalisierungargumente zumindest in Ansätzen durchschauen und in Kopf und Gefühlen dem aufgesetzten Antifaschismus der politischen Klasse mißtrauen.

Wenn der hier - zugegebenermaßen sehr grob umrissene - psychische Zustand des politischen Denkens in der BRD zutrifft, wenn also die kritische Psychoanalyse recht behält mit ihre Anschauung über die patriarchale kapitalistische Gesellschaft und der Zerstörung des Individuums, dann folgt daraus, daß der herkömmliche Antifaschismus, der der meist orthodoxen Klassentheorie geschuldet ist und dessen Aufklärungsarbeit, die, wie sich zeigt, nicht viel gefruchtet hat, überholt ist. Das meint, es ist nicht weiter sinnvoll, mit gutgemeinten Argumenten die Masse der Menschen auf unsere Seite zu ziehen. Mit Bildern von Auschwitz an die Humanität moralisch rückentwickelter Menschen zu appellieren, ist nur von einem kurzfristigen und manipulativ erwirkten Erfolg gekrönt. Unsere Gegenmacht ist zu schwach, um das System im Ganzen zu kippen und unsere Aufklärungsarbeit tönt zu leise gegen die systemimmanente Massenmanipulation. Es gilt vielmehr, diejenigen mit der unbequemen Wahrheit zu konfrontieren, die noch die Anlage mitbringen, zwischen Humanität und Barbarei unterscheiden zu können.

Wir müssen sie fragen, ob sie ihre Entmündigung im ökonomischen, sozialen und politischen Prozeß durch die Verwaltung (, die eben nicht alles zum besten regelt,) und Politik (, die eben nicht so einsehbar ist, wie die Presse uns vorgaukelt,) hinnehmen wollen oder sich aber der bitteren Wirklichkeit der Politik stellen wollen: nicht nur zur Gewissenberuhigung in der Lichterkette zu stehen und zu **bedauern,** was geschieht, sondern in ihrem bürgerlichen Rahmen versuchen wollen, die Menschenverachtung zu **bekämpfen.**

Konkret bedeutet dies, ob sie eher wegschauen, wenn Menschen, denen die BRD kein Asyl gewährt, gefangengenommen oder ermordet werden (Amnesty hat dafür genug Beweise erbracht), also Mord und Folter akzeptieren oder ob sie Mitverantwortung zu tragen bereit sind für die Politik des Kapitals. Es gilt sie zu fragen, ob sie Armut akzeptieren oder sich wehren, staatliche Repression bekämpfen oder akzeptieren wollen.

Das heißt, es muß jene Öffentlichkeit mit Aktionen gemeint sein, die tatsächlich noch erreicht werden kann, bei der die Frage nach dem Grundkonsens zur Menschlichkeit noch nicht auf taube Ohren stößt. Mit diesen Menschen heißt es sich zu streiten, sich weiter auseinanderzusetzen über die Notwendigkeit radikaleren Einstehens für Ziele der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit, als es mit gewissensberuhigenden Spenden für "Brot für die Welt" und "Dritte Welt Kaffee" getan ist. Aber: es gilt für alle unsere Aktionen und Diskussionen mit dieser Zielrichtung, daß dies anstrengend ist und Kraft kostet, auch nur ein paar Leute zum Nachdenken zu bringen. Und es handelt sich dabei auch nicht um systemüberwindende revolutionäre Politik, wie sie zur Zeit höchstens erträumt werden kann. Antifarbeit mit der begrenzten Zielsetzung, erstmal wieder eine systemimmanente Opposition für die grundlegenste Verteidigung der Humanität zu begründen, ist in gewisser Weise reformistisch. Sie muß es sein, weil sie einen Grundkonsens innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sucht. Das ist nicht das politische Fernziel der radikalen Linken. Die Überwindung von Patriarchat und Kapitalismus ist natürlich strikte Notwendigkeit, um ein dauerhaftes System einer solidarischen Gesellschaft auch nur denken zu können. Aber wer angesichts der Schwäche der fortschrittlichen Bewegungen behauptet, ohne Kompromisse innerhalb der Sphäre des autoritären Kapitalismus Erfolg haben zu können, hat vielleicht nicht mal das Recht auf ein reines politisches Gewissen. Der Kampf um die klassenlose freie

Gesellschaft als utopisches Ziel ist und bleibt vorhanden. Trotzdem muß, um dieses Ziel überhaupt weiterverfolgen zu können, Öffentlichkeit suchende Antifaarbeit vermittelnd im obigen Sinne der Konsenssuche angelegt sein. Sie kann, das sei vermerkt, für viele auch Sprungbrett zu einem weitergehenden antiautoritären Verständnis sein. Wo die Persönlichkeit wächst, wächst auch die Ablehnung gegen Bevormundung und gesellschaftlich produzierte Menschenverachtung. Die Forderung, direkt Utopien zu vermitteln im antifaschistischen Kampf, klingt sehr nach Heilslehrenverkündigung. Was wir tun können, ist den oben benannten Konsens zur Menschlichkeit einzufordern. Das schließt die Menschenverächter aus. Und das ist wiederum polarisierende Politik. Denn wir suchen nicht den Ausgleich mit dem System, sondern den Grundkonsens mit einem (vielleicht nur noch fiktiv vorhandenen) humanistischen Bürgertum. In diesem Punkt, aber auch nur in diesem.

In Reutlingen gibts nicht nur vergoldete Gullideckel...

Eine Stellungnahme autonomer Antifas aus Reutlingen

Wir wollen in diesem Artikel die Situation der antifaschistischen Arbeit in Reutlingen beschreiben, unsere Gedanken und Ansätze vorstellen und damit vielleicht eine Diskussion in Gang bringen.

Unsere derzeitige Arbeit läßt vier Schwerpunkte erkennen:

1) Antifaplenum
2) Öffentlichkeitsarbeit
3) Neue Leute kennenlernen/erreichen
4) Bündnisarbeit

Diese Punkte sind Teil unserer Kampagne '94. Die Kampagne hat das Ziel, Nazipropaganda und Wahlveranstaltungen im Superwahljahr '94 zu verhindern und darüberhinaus eine längerfristige autonome Perspektive zu entwickeln. Die Diskussionen dahin haben lange gedauert und sind durch die bundesweite Organisierungsdebatte mitbestimmt worden.

- Autonome linksradikale Politik sollte durch Kontinuität, Verbindlichkeit, gesellschaftliche Wahrnehmbarkeit und "Öffnung nach außen" bestimmt

sein. Öffentlichkeitsarbeit, die unsere Politik zu einer gesellschaftlichen Bedeutung führt, ist ein wichtiger Punkt dabei.

- Inhaltliche Überlegungen und Stellungnahmen sollen nach außen gebracht werden, in einer Sprache und Form, die auch für Menschen außerhalb unserer Zusammenhänge verständlich ist. Gerade die sind es ja, die wir erreichen müssen.

- Regionalpolitische Ansätze dürfen wir nicht länger außen vor lassen, so z.B. Forderungen nach Raum- und Plakatflächen-Verboten für Faschos oder die Forderungen der Wagenburgen in Tübingen. Aufgrund dieser Überlegungen wollen wir natürlich auch unser Auftreten, die Öffentlichkeitsarbeit, unsere Diskussions- und Aktionsformen ändern.

Doch zurück zu den Schwerpunkten, die unsere Arbeit beinhaltet:

1. Das Antifaplenum hat mittlerweile schon eine einjährige Geschichte. Im Dezember '92 wurde die erste Einladung verschickt, in der zu einem Aktionsplenum aller linksradikalen Gruppen aufgerufen wurde. Daraus entstand eine Gruppe antifaschistischer Menschen und Gruppendelegierter, die **Autonomen Antifaschistischen Gruppen**, die jetzt gerade die Kampagne '94 organisieren. Aufgrund dieser Kampagne werden natürlich Diskussionen geführt, leider zu wenige, weil die praktische Arbeit oft zuviel Zeit frißt; und leider oft in einem blöden Stil, aber das werden wir noch hinkriegen. Wir diskutieren vor allem über inhaltliche Positionen und wie diese in einem organisierten, öffentlichen Rahmen nach außen gebracht werden können.

2. Uns ist es wichtig, die gesellschaftliche Diskussion und das Stadtbild - so weit es geht - zu bestimmen (ein Anspruch, noch lang keine Realität!). Durch Aufkleber, Plakate und Aktionen wollen wir klar Präsenz zeigen und in Stadtvierteln, wo die Faschos stark sind, Gegenmacht aufzeigen. Durch regelmäßige Infotische in der Innenstadt wollen wir uns ansprechbar machen, diskutieren, informieren und auf uns aufmerksam machen. Durch verschicken von Presseerklärungen und Einladungen vor jeder Veranstaltung wollen wir die bürgerlichen Medien dazu nutzen, über uns zu informieren und uns "darzustellen". Um Öffentlichkeitsarbeit zu machen, gibt es noch eine Menge anderer Sachen wie zum Beispiel: Theater, Video, Ausstellungen, Feste, Konzerte und Lesungen. Das hängt aber alles von Zeit, Geld und vor allem der Bereitschaft einzelner ab, die sich dafür einsetzen...

3. Die Revolution wird nur stattfinden, wenn es die Mehrheit der hier lebenden Menschen mit Herzen und Fäusten will. Bis jetzt sind wir noch viel zu wenige, und deshalb ist es wichtig, möglichst viele Menschen zu erreichen und in unsere Arbeit einzubinden.

Die Kämpfe, die hier täglich geführt werden, und leider oft an unserer beschränkten Sicht vorübergehen, sollten wir unterstützen. Wir unterstützen sie ja auch: zum Beispiel Kämpfe von Flüchtlingen und Roma. Aber was ist mit den ArbeiterInnen-Kämpfen? Bevor wir uns nach außen öffnen können, müssen wir uns einige Sachen neu überlegen und anders machen. Das betrifft unsere akademische und ausgrenzende Sprache, unser Auftreten, unseren Eliteanspruch, bessere Menschen zu sein, und unsere Arroganz gegenüber den "Scheißprolls", unsere Art, wie wir diskutieren und miteinander umgehen.

Grundlegend müssen wir auch die Form unserer Organisierung überdenken, die von aktionistischen Kleingruppen bis hin zu abgehobenen Theoriezirkeln reicht, und Nicht-Eingeweihten immer verschlossen sein wird. Die Diskussionen, inwieweit wir unsere Gruppe (Antifaplenum) öffnen sollen, laufen gerade an. Wie können wir Jugendliche einbinden? Wie können sie sich selbständig organisieren?

Wir haben vor kurzem endlich mal wieder ein Antifacafé veranstaltet. Dazu kamen 50 (!) Leute, hauptsächlich Jugendliche. Am Ende stand dann eine Gruppe von über 20 Jugendlichen da, die wir bis dahin

nicht kannten, und die jetzt regelmäßig das Antifacafé fortführen wollen.

Eine andere Sache, die wir angefangen haben und kontinuierlich fortsetzen wollen, sind politische Veranstaltungen, die die letzten Male auch von Nicht-Szene-Leuten gut besucht wurden. Dort können wir unsere Inhalte einem breiten Publikum darstellen.

4. Anfang Oktober '94 haben wir eine Einladung an alle linken und antifaschistischen Organisationen in Reutlingen geschickt, in der wir zu einem Bündnis zur Verhinderung von Nazipropaganda aufgerufen hatten. Nach dem dritten Treffen zeichnet sich ab, daß es allen Beteiligten (Friedensbüro, MLPD, VVN, Ökolinx, Autonome Antifa und Einzelpersonen) wichtig ist, über das Verhindern von Faschoveranstaltungen hinaus eigene inhaltliche beziehungsweise regionalpolitische Forderungen aufzustellen und politisch zu arbeiten. Inhaltlich sind natürlich noch viele Punkte offen, aber wir freuen uns auf die Diskussionen.

Zeitgleich und unabhängig davon hat die VVN zu einem eigenen Bündnis aufgerufen, in dem es vor allem darum geht, "die Demokraten nicht aus ihrer Pflicht zu entlassen". An diesem Bündnis beteiligen sich Teile der SPD, die Grünen, der DGB, die Naturfreunde und die Autonome Antifa in Form von Delegierten. Mit den GenossInnen von der VVN sind wir uns darüber einig, daß die Bündnisse in keinerlei Konkurrenzverhältnis zueinander stehen dürfen. Soweit unsere Zusammenfassung. In der nächsten Ausgabe der TANZ gehts weiter mit einem Artikel, für den wir uns noch mehr Zeit nehmen werden. Dieser Beitrag ist kein Produkt der Autonomen Antifaschistischen Gruppen, sondern einzelner Personen davon.

Do the right thing - fight the power!

Fremde sind vor allen Parteien gleich

Speziell zu diesem Thema nachgefragt, erhielt ich von den Parteien ihre Programme, eventuell mit entsprechenden Beiheften, auf deren Auswertung der folgende Text beruht.

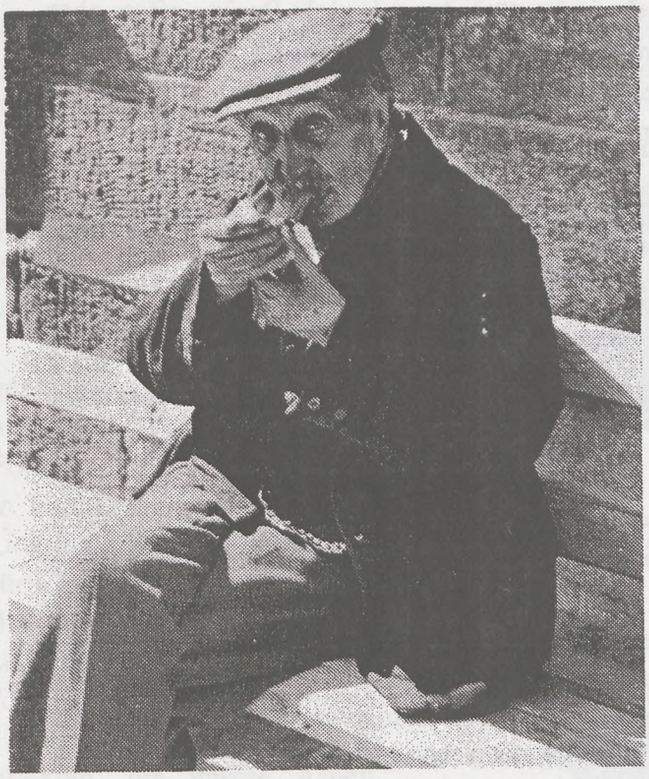
Es zeigte sich gleich, daß die am weitesten rechts stehenden Parteien am ausführlichsten auf die aktuellen (von ihnen aktualisierten?) Themen eingehen. Durchweg sind alle Programme veraltet, nur die FDP geht auf die neue Situation nach der Annexion der DDR ein.

Alternative und Grüne Liste

"Die Texte gehen von dem Programm von 1984 aus (...) und geben unsere Standpunkte am Ende der achziger Jahre wieder. Das heißt auch, daß wir offen für neue Entwicklungen sind." Das Programmheft ist von 1989. Nachgeschlagen unter der Rubrik "Flüchtlinge und ImmigrantInnen" liest es sich da: *"Menschenrechte und Menschenwürde sind unteilbar, sie gelten für alle. Wer deshalb Flüchtlinge ihrer Menschenwürde beraubt, sie mit dem neudeutschen Schimpfwort 'Asylant' belegt, der macht sich mitschuldig an den Übergriffen von Deutschen an Ausländern."* So richtig das ist (bis auf die Reduzierung des Satzes auf den männlichen Teil der Menschheit), es klingt 4 Jahre später eher wie ein Witz, da auch aus alternativen und grünen Mündern inzwischen das Wort "Asylant" tönt. Ansonsten stellten die Grünen schon damals fest, *"daß das Grundrecht auf Asyl nur noch auf dem Papier besteht."* Die faktische Abschaffung des Asylrechtes dieses Jahr wird nicht behandelt. Damals und seitdem fordern sie kommunales Wahlrecht für AusländerInnen und die verschiedensten Arten von Unterstützung.

Sozialdemokratische Partei Deutschland:

Das Programm der SPD ist ebenfalls von '89, allerdings war eine Unterschriftenliste zum Referendum für die doppelte StaatsbürgerInnenschaft beigelegt, unterschrieben auch von AL und Grünen, die diese Beigabe wohl vergessen hatten. Einen kurzen Text von 25 Zeilen widmet die SPD der "Solidarität zwischen den Kulturen". Daraus zitiert: *"Viele unserer ausländischen Mitbürger leiden immer noch unter kultureller und gesellschaftliche Isolation und werden Opfer von Diskriminierung"*. Gut erkannt, aber nichts dagegen getan und trotz des Satzes von '89 *"das Asylrecht für politisch Verfolgte muß uneinge-*



Oppositionsführer Scharping (SPD)

schränktes Grundrecht bleiben'' 1993 größtenteils für seine Abschaffung gestimmt. Wie der Wind, so dreht sich die SPD nach angeblichen Meinungsbildern, die von rechter Seite gemalt werden.

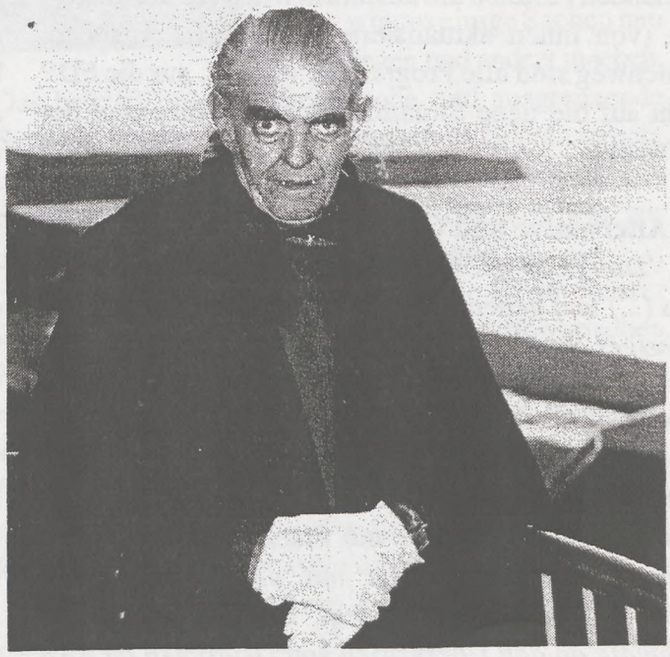
Freiheitlich Demokratische Partei:

Die von der FDP erhaltenen Programme reichen von '86 bis '91. Interessant ist, daß immer wieder betont wird, daß ''die Liberalen'' sich von den Nationalsozialisten nicht haben unterkriegen lassen und ihre Werte bis heute bestehen. 1986 schreiben sie unter ''Minderheitenschutz'': *''Besonderes Augenmerk gilt dabei den Gruppierungen, die in nationalsozialistischer Zeit verfolgt worden sind, wie z. B. Roma und Sinti.''* 1993 stimmen auch sie größtenteils für das neue Asylgesetz, das u. a. bewirkt, daß Roma und Sinti aus dem ehemaligen Jugoslawien abgeschoben werden, obwohl dort ethnische Massaker stattfinden oder drohen. Im Wahlprogramm für die Landtagswahl `92 kommt direkt im Anschluß an das Kapitel ''effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität'' das Thema Asylgesetz. Vielleicht sind sie die ehrlichsten, da sie schon damals fordern, die Verfahrenszeiten zu kürzen. Allerdings ist ihre Sprache dadurch nicht weniger hetzend, wenn sie z. B. von *''immer neuen Fluchtbewegungen reden''*, denen westeuropäische Staaten *''ausgesetzt sind''*. Eine Änderung des Asylgesetzes lehnen sie 1990 noch ab.

Christlich Demokratische Union:

Es war nicht anders zu erwarten, daß auch besonders die CDU versucht, rechte Wähler zu gewinnen. Ihr Programm ist seit 1978 nicht erneuert worden, aber zu aktuellen Themen gibt es Beihefte, so auch zu ''dem neuen Asylrecht''. Ich möchte trotzdem kurz aus dem Programm zitieren, denn schließlich wird es ja immer noch als das geltende versandt: *''Wir wollen der eigenen Geschichte nicht ausweichen. (...) Wer seine Geschichte leugnet, gefährdet seine Zukunft.''* Vorschläge wie die der Kandidatur von Heitmann (*''Es ist der Zeitpunkt gekommen - die Nachkriegszeit ist mit der deutschen Einheit endgültig zu Ende gegangen - dieses Ereignis als einmaliges Ereignis einzuordnen''.*) werfen die Frage auf, ob dieser Satz auch heute noch Gültigkeit hat. Zumal es später heißt: *''Die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Lebens bleibt Aufgabe des Staates, der gesellschaftlichen Gruppen und aller Mitbürger''*. Und diese Meinung hat sich ja 15 Jahre später stark geändert, wie auch das Beiheft belegt.

In diesem Beiheft ''das neue Asylrecht'' fallen als erstes die hetzerischen Bilder auf. Hauptsächlich Männer, dunkelhäutig und finster blickend, quetschen sich in eine Richtung. So dargestellt sollen die BetrachterInnen sofort an den Kriminellen und Vergewaltiger denken, der die deutschen Landen überschwemmt. Darunter die Frage: ''Warum ein neues



Innenminister Kanther (CDU)

Asylrecht?''. Die Antwort unterscheidet sich nur in der gewählteren Ausdrucksweise von den Thesen der Republikaner: die AsylbewerberInnenzahlen sind gestiegen, Hauptursache war *''unbestreitbar der Sogeffekt, der vom wirtschaftliche Wohlstand Westeuropa (...) ausgeht. (...) Das Asylrecht ist auf diese Weise mehr und mehr zu einem Tor für unkontrollierbare Zuwanderung geworden.''* Wir kennen die Begründungen der verschiedenen Parteien und die Auswirkungen, die die faktische Abschaffung des Asylgesetzes hat. Bemerkenswert oft betont die CDU in ihrem Blatt, daß das Asylrecht bestehen bleibe, Schutz vor politischer Verfolgung weiterhin gewährt werde und daß Deutschland jetzt endlich die gleichen Rechte und Pflichten habe wie andere europäische Staaten. Denken die sich, daß Wiederholungen die Bevölkerung von den wirklichen Tatsachen ablenkt?

Die Republikaner

Es klingt nicht anders als diverse revisionistische Äußerungen, wenn die Reps im Vorwort ihres Programmes (1992) schreiben: *''Die Zeit ist vorbei, in der selbsternannte linke Intellektuelle suggerieren konnten, daß Geist und Bildung stets nur auf der Seite eines künstlichen, die Realitäten von Volk und Nation negierenden Internationalismus zu finden seien. Dem von den etablierten erklärten und verfolgten Ziel der multikulturellen Gesellschaft setzen wir die Idee der Nation entgegen.''* Oder unter ''Deutschland - Europa - und Außenpolitik'': *''Die Republikaner halten den zwischen Deutschland und Polen ausgehandelten und ratifizierten Grenzanerkennungs -und Nachbarschaftsvertrag nicht für das letzte Wort der Geschichte. Er stellt keinen gerechten Interessenausgleich auf der Grundlage von Gleichberechtigung*

und Partnerschaft dar und widerspricht den Bestimmungen und Richtlinien des Völkerrechts''. Insgesamt ist zu sagen, daß im gesamten Programm durch Sprache und einseitige Äußerungen durchweg gegen Linke und ausländische Menschen gehetzt wird. ''Natürlich'' werden auch Wohnungsnot und andere soziale Mißstände AusländerInnen in die Schuhe geschoben. Im Punkt Ausweisung von straffällig gewordenen Flüchtlingen weichen sie nicht vom Programm der CDU ab (oder umgekehrt ?)

Die Reps sind sicher nicht der einzige Grund für den zunehmenden Rechtsradikalismus. Aber sie sind stolz, *''die Funktion einer richtungsweisenden Partei''* zu haben. Und sie sagen, mit Stoiber als bayerischem Ministerpräsidenten und Kanther als Bundesinnenminister seien bereits die ersten Schritte für *''eine geistig moralische Erneuerung des deutschen Volkes gemacht.''* Ohne uns hätte es den Rechtsruck nicht gegeben''.

Gesamteindruck:

Durchweg alle Parteien - bis auf die Reps - halten Moralpredigten, daß ''unser Freund der Ausländer'' freundlich behandelt und integriert werden solle. Die Sprüche in den Programmen klingen wie bittere Satire angesichts der Realität. Die genannten Parteien (auch Grüne und AL) vertreten das kapitalistische System. Und deutsches wie internationales Kapital kann selbstverständlich nur durch Ausbeutung anderer Völker seine Funktion erfüllen. Nicht nur zwischen dem formalen Anspruch, die Menschen, die hier Hilfe suchen, korrekt zu behandeln, und der Realität der Abschiebe- und Sozialversorgungspolitik liegt eine tiefe Kluft. AusländerInnen bleiben nur im Zusammenhang ihrer Ausbeutungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt und indirekt durch ihre Steuerpflicht ''schutzwürdig.'' Demokratiewürdig waren sie in Deutschland noch nie und auch die doppelte Staatsbürgerschaft wäre nur ein geringer Trost für die soziale und kulturelle Diskriminierungspraxis innerhalb unseres fremdenfeindlichen gesellschaftlichen Umfelds. Immerhin: Wirtschaftlich gesehen sind Deutsche und AusländerInnen ähnlich ausbeutbar. Hier Gleichheit zu schaffen, so könnte vermutet werden, sei angesichts ihrer programmatischen Stützung des Kapital-Arbeit-Verhältnisses ein Anliegen aller Parteien. Der Unterschied (neben unterschiedlichen Lohnstandards Deutscher und ausländischer Arbeitskräfte) liegt vor allem in der Form der sozialen Selektion. Nicht benötigte Deutsche fallen in das löchrige sozia-

le Netz (oder dran vorbei), während für die Politik klar scheint, daß bis auf Ausnahmefälle (''soziale Härten'') in Zukunft nur tatsächlich arbeitende FremdarbeiterInnen Anwesensheitsrecht im ''Standort Deutschland'' genießen und alle anderen möglichst schnell abgeschoben werden sollen. Mit solcher Politik könnte auch das wiedererweckte nationalistische Verblödungsbedürfnis befriedigt werden, also die Rechte beruhigt und dazu der Sozialhaushalt ausgeglichen werden. Die Ablehnung der offenen rassistisch motivierten Gewalt ist leicht von allen Parteien mit moraltriefenden Sonntagsreden zu propagieren, wenn nur die offizielle Beschäftigungs-, Abschiebe- und Sozialpolitik diejenigen menschenverachtende Inhalte erhält, die die Politikerklasse für ökonomisch notwendig erachtet. Nationalistische ''Sachpolitik'' in Form der ''versachlichten'' Praxis von Repression sieht eben besser aus als offene Pogromstimmung.

Spendenaufruf

Autonome Antifaschistische Gruppen

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Wie fast alle politischen Gruppen, die keine Partei oder finanzkräftige Organisation im Rücken haben, sind wir darauf angewiesen, unsere Arbeit über Spenden zu finanzieren. Was du hier in den Händen hältst, ist ein Spendenaufruf für die antifaschistische Arbeit in Reutlingen, genauer gesagt für die autonomen antifaschistischen Gruppen.
Meine Güte wirst du jetzt vielleicht denken: " Das sind ja die Chaoten, die werden sicher das ganze Geld versaufen. " Vielleicht denkst du aber auch: "schlecht find' ich das eigentlich nicht, was die so machen, aber wer kriegt dann mein Geld, woher soll ich wissen, daß die Leute es dann auch für Antifa-Arbeit verwenden? "
auf diese Fragen können wir Antwort geben.
Und die beste Antwort ist immer noch die, sich anzuschauen, was in den letzten drei Jahren an antifaschistischer Arbeit von uns aus gelaufen ist.

- Von Februar 91 bis Herbst 92 regelmäßige Antifa-Cafes in der Zelle als Treffpunkt für Jugendliche und alle, die sich informieren wollten.
- Am 9. November 91 und 92 zum Jahrestag der Reichspogromnacht haben wir die großen Demos organisiert mit 500 und 700 Leuten.
- Protestaktionen aufgrund der rassistischen Ausschreitungen in Rostock und Mannheim.
- Am 27.5. Kundgebung und Aktion vor dem Wochenblatt um gegen die reaktionäre,rassistische und frauenfeindliche Hetze vom Chefredakteur dieses Anzeigenblattes zu protestieren.
- Am 5.6. große Demo wegen der Morde in Solingen zusammen mit der IG-Metall und dem Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit.
- 30.6. Infoveranstaltung und Ausstellung über neonazistische Organisationen in der Region.
- 27.10. Infoveranstaltung zu den Republikanern und zur deutschen Liga in der Zelle.

Für die nächste Zeit planen wir ein Bündnis mit anderen linken und antifaschistischen Gruppen aus Reutlingen, um uns der Nazipropaganda im Wahljahr 94 auf regionaler Ebene entgegenstellen zu können. Wir wollen weiterhin Informationsveranstaltungen und eigene Infotische machen. Durch Plakate, Flugblätter und Aufkleber wollen wir mobilisieren und das politische Stadtbild bestimmen. Durch den Spendenaufruf wollen wir das Geld reinbekommen was uns fehlt, um neue Projekte zu verwirklichen, und das Geld, was nötig ist um die laufenden Kosten für Porto, Kopien, Telephon, usw. zu decken.

Spendet für die antifaschistische Arbeit in Reutlingen, am besten mit Daueraufträgen.

Kontonummer : Kreissparkasse, 1410683, Blz 64050000

Wenn ihr mehr über uns wissen wollt, schreibt an :

Antifa c/o ZELLE
Postfach: 1952
72709 Reutlingen

Die Richter und Staatsanwälte - für wen sind sie da? Oder: Ein ehrlicher Bulle macht noch keinen Freispruch

Das hätte sich fast in der Anwaltsserie "Liebling Kreuzberg" abspielen können, was da am 19. Oktober am Amtsgericht Reutlingen ganz lapidar als "gem. Sachbesch." verhandelt wurde:

Eine beim Polizeiverhör reingelegte Angeklagte und ein Beamter, der dies bestätigt, ein erschlichenes Geständnis, das vor Gericht nicht zu verwerten war, ein Zeuge der nix gesehen hat, und Beweise, die nix beweisen...

Wenn der Richter am Schluß dennoch feststellt "Schuldig!" und erklärt, er sei von der Täterschaft der beiden Angeklagten überzeugt, dann ist die Frage angebracht, um was für ein Verfahren es sich hier gehandelt hat.

In Reutlingen hatte es sich schon herumgesprochen, in einer Nacht im März 1992 waren zwei Leute aus der Szene festgenommen worden.

Ein wachsamer Bürger und aus-dem-Fenster-Glotzer hatte nachts eine Gestalt beim Sprühen gesehen und die Polizei alarmiert. Die Bullen rasten sofort mit den verschiedensten Fahrzeugen los, weil sie endlich einmal ein paar Polit-SprüherInnen auf frischer Tat erwischen wollten. In der Innenstadt entdeckten sie dann zwei Personen, auf die die detaillierte Personenbeschreibung paßte: Dunkle Hosen, dunkle Jacke...

Die Frau und der Mann wurden sofort auf's Revier verfrachtet und dort in bekannter Manier in die Mangel genommen: Lockangebote im Falle eines Geständnisses, Drohungen mit der zu erwartenden Strafe, Schule, Elternbenachrichtigung - die ganze Litanei, die Einem in so einer Situation die Knie weich macht.

Als dann ein Bulle noch seinen letzten Trumpf einsetzte und der Frau vorlog, ihr Begleiter habe bereits alles gestanden, ging bei ihr die Sicherung durch und sie begann tatsächlich, einzelne der insgesamt ca. 20 Antifa-Sprühungen gegenüber den Bullen zuzugeben - was diese natürlich eifrig zur Kenntnis nahmen.

Einige werden vielleicht jetzt denken, na gut, 1:0 für die Bullen. Wer auf so einen alten Trick reinfällt und anfängt, Aussagen zu machen, ist selber Schuld.

Nach den geltenden Strafgesetzen ist jedoch ein Geständnis, welches durch Lügen oder mit Gewalt erlangt wurde, vor Gericht nicht zu gebrauchen. Die

Anwälte der beiden Angeklagten hatten bereits vor dem Prozeß auf die illegalen Verhörmethoden hingewiesen und Dienstaufsichtsbeschwerde bezüglich der Bullen eingereicht. Natürlich war es klar, daß bei dem anstehenden Prozeß diese ganzen Machenschaften an die Öffentlichkeit kommen würden. Wahrscheinlich aus diesem Grund verstaubten die Akten der beiden Leute auch fast zwei Jahre in irgendwelchen Amtsstuben.

Im Vertrauen auf die gute Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaft und Polizei gab sich das Gericht jedoch endlich einen Stoß und setzte den Gerichtstermin fest.

Wie erwartet marschierten in der Verhandlung eine ganze Reihe von Bullenzeugen auf, die alle nichts von der Verhörlüge mitbekommen haben wollten - entweder waren sie gerade mal nicht dagewesen, oder später dazugekommen, oder überhaupt...

Nur zufällig fiel dann der Name eines weiteren Beamten, der vor Gericht noch gar nicht als Zeuge geladen war und in dieser Nacht auch Dienst hatte.

Er wurde für den zweiten Gerichtstag geladen, wobei sich die Besucherinnen keiner Illusion hingaben: Die bisher aufgetretenen Bullen hatten sich offenbar gut auf den Prozeß "vorbereitet" und ergänzten sich prima, die politische Polizei saß im Gerichtssaal wie in einer Theaterloge und achtete auf jede Szene - da würde auch dieser letzte Polizeizeuge nix anderes sagen, wie seine Kollegen vorher.

Ganze politische Welten brachen jedoch zusammen, als am nächsten Verhandlungstag der Bulle mit leiser aber fester Stimme die illegalen Methoden bei

dem Polizeiverhör bestätigte, ja sogar noch den Namen des konkreten Beamten nannte (Huber heißt er).

Ein ehrlicher Bulle vor Gericht, der gegen seine eigene Blase aussagt! Bei dieser Sensation verschlug es selbst den hartgesottensten BesucherInnen die Sprache - vom Staatsschutz in der Loge ganz zu schweigen.

Ein Aufatmen ging durch die Reihen: Kein Geständnis, keine Verurteilung!

Was als belastendes Beweismaterial sonst noch auf dem Tablett lag, hatte keine Bedeutung. Ein paar Plastikhandschuhe -ohne Fingerabdrücke-, zwei Sprühdosen -ohne Fingerabdrücke-, beides noch nicht mal direkt bei den Angeklagten gefunden. Ein Zeuge, der die Beiden explizit nicht wiedererkannt hatte. Und schlußendlich ein Farbgutachter, der nur sagen konnte, daß einige der vielen Farbspuren auf den Kleidern der Angeklagten genauso rot und schwarz waren wie die Farbe in den gefundenen Sprühdosen und wie in vielen anderen Dosen auch.

Der Urteilsspruch des Amtsgerichts in Reutlingen bestätigte unsere Erfahrung mit der politischen Justiz aber schließlich doch noch:

Auch wenn die Staatsanwaltschaft patzte, ein kleiner Bulle umfiel, am Schluß steht immer noch ein Richter und achtet darauf, daß jede und jeder der ''gerechten Strafe zugeführt'' wird - Strafprozeßordnung hin oder her.

Beide Angeklagten wurden wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung in diversen Fällen verurteilt. Somit blieb die zweite Sensation, daß nämlich ein Gericht in einem politischen Verfahren "Recht spricht", auch wenn es zugunsten der Angeklagten geht, an diesem Tage aus.

Fazit: Demnächst wird es einige Soli-Feste wegen der immens hohen Schadensersatzforderungen (20.000.- DM) geben, die auf die Beiden zukommen.

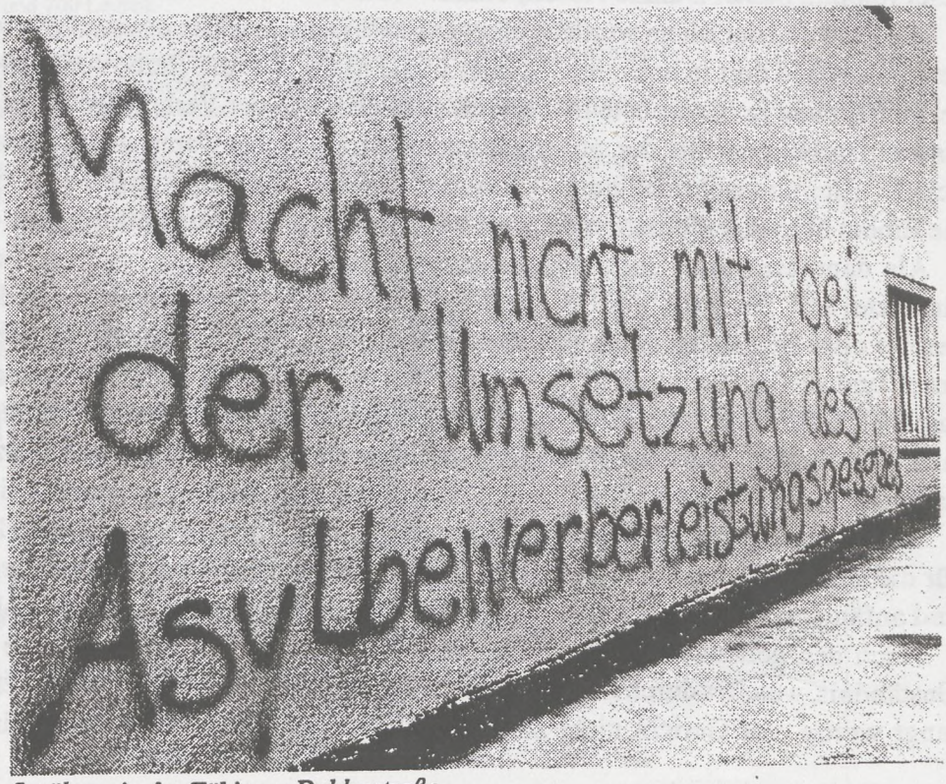
Und auf die große Wand in der "Zelle" wird hunderttausendmal geschrieben: ''Bei Bullen und Justiz - Anna und Arthur halten's Maul !!''.

Das neue Asylbewerberleistungsgesetz

Ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht, Beziehungen zur Umwelt zu knüpfen und am kulturellen Leben teilzunehmen, darauf besteht laut Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ein rechtlich einklagbarer Anspruch. Jedoch nicht mehr für AsylbewerberInnen seit der Schaffung des neuen "Asylbewerberleistungsgesetzes" im Mai 1993 (zusammen mit der Grundgesetzänderung Art 16 GG).

Nach dem neuen AsylbIG. sollen AsylbwewerberInnen nur noch 80.- DM Bargeld im Monat erhalten. Den Rest zum Überleben gibts als Freßpakete und Sachleistungen (z. B. Kleidung). Schon damit ist es Flüchtlingen nicht mehr möglich, ihr Asylverfahren mit rechtlichem Beistand zu betreiben, weil Rechtsanwaltskosten damit nicht zu bezahlen sind. Bis jetzt konnten sie sich die noch vom Mund absparen.

Doch damit nicht genug: Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern gehen mit ihren näheren Bestimmungen über die Vorgaben des Bundes noch hinaus. Nicht nur ein Jahr soll das Gesetz gelten wie vom Bund vorgeschrieben (nach Ablauf des Jahres sollte wieder das BSHG für Flüchtlinge gelten), sondern grundsätzlich länger und auch für andere Flüchtlingsgruppen. D. h. auch diejenigen Flüchtlinge, die eine Duldung haben oder schon länger als ein Jahr im Asylverfahren ohne Ergebnis stecken, sind davon betrofffen, sofern sie in einer "Sammelunterkunft" (ab sechs Personen) leben. Die Länder verstärken somit die schon unleidliche repressive Praxis der Bundesregeierung in unerträglichem Maße.



Sprühung in der Tübinger Doblerstraße

Ein Neonazi steigt aus

Ingo Hasselbachs Abrechnung mit der Szene

''Lieber Hans!

Du weißt sicher, daß ich meinen Ausstieg aus der Neonaziszene diesmal öffentlich und damit unumkehrbar gemacht habe.''

Mit diesen Zeilen, die an seinen Vater gerichtet sind, beginnt Ingo Hasselbach die Abrechnung mit der militanten Neonazi-Szene. Jedenfalls lautet der Titel des Buches ''Die Abrechnung''. Doch so ganz sicher ist man sich beim Durchblättern der knapp 160 Seiten nie. Rechnet er wirklich mit der Szene ab? Oder entsagt er lediglich der Gewalt? Erst am Schluß des Buches schreibt Hasselbach: *''Heute kann ich kaum nachvollziehen, daß ich in aller Öffentlichkeit Naziparolen verkündet und Jugendliche dazu animiert habe, neonazistischen Gruppen beizutreten. Ich hatte Glück, daß bei all den Gewaltaktionen, die ich leitete, niemand so schwer verletzt wurde, daß er bleibende Schäden davontrug.''* Und auf der letzten Seite heißt es: *''Neonazismus löst keine Probleme, er vertieft sie nur.''* Das sind, auch wenn sie sich in anderen Formulierungen wiederfinden, so ziemlich die einzigen Statements, die auf eine Abrechnung mit der Szene hinweisen. Nun gut, wenn Hasselbach sich distanziert, so bedeutet das ja auch was - möchte man meinen. Tatsächlich dürfte man aber gerade von einem Mann, der an exponiertester Stelle in der deutschen Neonazi-Landschaft agierte, erwarten, daß sich - wenn er schon einen Schlußstrich zieht - die Abrechnung mit mehr innerer Überzeugung nachvollziehen ließe.

Ganz ehrlich: Mir reicht es nicht, wenn Hasselbach am Schluß schreibt: *''Neonazismus löst keine Probleme''*. Das ist einfach zu wenig für einen ehemaligen Führer. Und mehr hat er nicht zu bieten.

Der andere Aspekt des Buches, seine Biographie, ist spannend geschrieben. Die Sprache ist einfach und kraftvoll. Die Handlung reißt mit. Doch als ich die ersten Seiten von Hasselbachs Auseinandersetzung mit seiner neonazistischen Vergangenheit gelesen hatte (er beginnt übrigens schon weit vorher mit seiner Kindheit in der ehemaligen DDR), mußte ich auf einmal innehalten und mich fragen: Ist das jetzt ein Neonazi-Insider-Bericht, bei dem der Leser oder die Leserin gefragt ist, zusammen mit dem Protagonisten der Story mitzufiebern, daß die bösen Feinde besiegt werden (zumeist Autonome)? Oder deckt Hasselbach nur Fakten auf? Mir ging es jedenfalls so, daß auf denjenigen Seiten, wo die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden geschildert wird, immer ein Hauch von Wehmut liegt. Frei nach dem Motto: Aber irgendwie schön wars damals ja doch. Man muß dem Autor ja gar nicht unterstellen, daß dieser Effekt gewollt war, bedenklich ist es schon. Ich stelle mir die jungen Skinheads vor, die - bei allem Haß auf den ''Verräter'' Hasselbach - die spannenden Passagen verschlingen und denken : ''Boahh, geile Sache, ging ja echt ab.'' Das Buch kann faszinieren, der Abschreckungseffekt hält sich in Grenzen. Darin liegt eine große Gefahr.

Nun möchte ich beileibe nicht davon abraten, Hasselbachs Memoiren zu lesen, ich weise lediglich auf ihre Schwachstellen hin. Der Wirkung auf rechte Jugendliche, deren - wie heißt es so schön: Weltbild noch nicht gefestigt ist, sollte man gewahr sein. Für den gestandenen Antifaschisten /die gestandene Antifaschistin ist es weniger gefährlich. Vielleicht ist es sogar ganz interessant, ein wenig von den persönlichen Beziehungen der Neonazi-Führer untereinander mitzubekommen. Einige Passagen sind ganz aufschlußreich. Grundlegend Neues über die Strukturen der militanten Neonazi-Szene erfährt man jedoch nicht.

Ingo Hasselbach, Winfried Bonengel: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Aufbau Verlag, Berlin 1993, 25 DM.

Anmerkung: Der Mutter Hasselbachs wurde am 10.11. eine Paketbombe zugestellt. Die Polizei vermutet einen Racheakt von Neonazis gegen Ingo Hasselbach.

Infos Tips Termine Infos Tips Termine Infos Tips

NEU: Antirassistisches Telefon Tübingen

Wer mitmachen möchte, melde sich bitte im Asylzentrum, Bursagasse 13, Tel.: 07071/27019!

Infocafé Tübingen im Dezember

2.12.	Film über Vorgeschichte und Geschichte der RAF
4.12.	Vortrag und Diskussion über das Autonome Plenum TÜ
5.12.	Frühstück (vom Zentralamerika-Komitee)
19.12.	Frühstück (von der Infocafé-Gruppe)

Das nächste **Antifacafé in Reutlingen** ist am 5.12.93, 14 Uhr in der Zelle. Der nächste Antifa-Infostand ist am 4.12.93 ab 9 Uhr in der Wilhelmstraße.

Zelle Reutlingen im Dezember

2.12.	Solidisco für freies Radio RT/TÜ
3.12.	Konzert: Jill on the Hill
4.12.	dito
10.12.	Konzert: Noch zwei Töchter, Electric Family
17.12.	PROFAN Fest
18.12.	Konzert: Gipsy Moth
24.12	Let´s go Bethlehem
25.12.	Schwulen und Lesben fest
26.12.	Konzert: Sorry my Sox been toos

- jeden Sonntag Film um 20.30 Uhr -

Kauft die TANZ!
hier und dort:

- Die Gruppe, TÜ

- Infocafé TÜ

- Epple-Haus, TÜ

- Blauer Salon TÜ

- Zelle, RT

- Café Nepomuk, RT

- Buchhandlung Fetzer, RT